

Informationen zum Datenschutz

Information gem. Art. 13, 14 Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) zur Verarbeitung personenbezogener Daten bei der Staatsoberkasse Bayern in Landshut

Name und Kontaktdaten des Verantwortlichen:

Landesamt für Finanzen

- Zentralabteilung -

Rosenbachpalais

Residenzplatz 3

97070 Würzburg

Telefon: 0931 4504-6770

E-Mail: datenschutzanfrage@lff.bayern.de

Kontaktdaten des Datenschutzbeauftragten:

Sie erreichen den zuständigen behördlichen Datenschutzbeauftragten unter:

Landesamt für Finanzen

- Datenschutzbeauftragter -

Rosenbachpalais

Residenzplatz 3

97070 Würzburg

Telefon: 0931 4504-6767

E-Mail: datenschutzbeauftragter@lff.bayern.de

Zwecke und Rechtsgrundlagen der Verarbeitung:

Die Datenverarbeitung erfolgt - unter Wahrung der haushaltsrechtlichen Vorschriften des Freistaats Bayern bzw. der Bundesrepublik Deutschland - zum Zweck der Zahlungsabwicklung, des Einzugs rückständiger Forderungen, der Aufzeichnung von Buchungen sowie der Rechnungslegung.

Die Rechtmäßigkeit der Verarbeitung stützt sich auf Art. 6 Abs. 1 Buchst. a), c) und e), Art. 6 Abs. 2, 3 DSGVO i.V.m. Art. 4 Abs. 1 BayDSG i.V.m. §§ 1 und 2 der Verordnung über das Landesamt für Finanzen (LfFV), Art. 70, 71 und Art. 79 BayHO sowie den Verwaltungsvorschriften zu Art. 70, 71 und 79 BayHO.

Quelle der Daten:

Die Daten werden von den Zahlungspflichtigen selbst, von Dienststellen des Freistaates Bayern nach den Vorschriften des Art. 70 BayHO, der Verwaltungsvorschriften zu Art. 70 BayHO sowie den Bestimmungen für die Erteilung von Kassenanordnungen im automatisierten Buchführungsverfahren der Staatskassen (EDV-Bestimmungen-Kasse – EDVBK) sowie von Kreditinstituten übermittelt.

Kategorien der personenbezogenen Daten, die verarbeitet werden:

Nachfolgende Daten werden verarbeitet:

- Namens- und Adressdaten, Bankverbindung des Einzahlers bzw. Empfängers.
- Im Falle eines abweichenden Kontoinhabers: Namens- und Bankverbindungsdaten des Kontoinhabers.
- Verwendungszweck.
- Ggf. Personenkontonummer, Buchungskennzeichen oder Abschlagsnummer, Nummer der Haushaltsüberwachungsliste.
- Ggf. Schlüssel zur Mahnung/Beitreibung.

Empfänger oder Kategorien von Empfängern der personenbezogenen Daten:

Soweit dies zur Wahrung der wirtschaftlichen und rechtlichen Interessen des Freistaats Bayern bzw. der Bundesrepublik Deutschland erforderlich ist, werden die Daten weitergegeben an:

- Kreditinstitute zur Leistung von Zahlungen und zur Veranlassung von Lastschriftinzügen.
- Finanzämter zur Beitreibung rückständiger Beträge sowie im Rahmen des Vollzugs der Mitteilungsverordnung.
- Dienststellen, die bei der Staatsoberkasse Bayern anordnen, im Rahmen der Rückmeldung von Zahlungseingängen.
- Fiskalate des Landesamtes für Finanzen zur gerichtlichen Geltendmachung von Forderungen.
- Bezügestellen des Landesamtes für Finanzen bei Mitteilungen über offene Forderungen der Bezügestellen.
- Bayer. Rechnungsprüfungsämter und den Bayer. Obersten Rechnungshof gemäß den Anforderungen der Rechnungsprüfungsbehörden im Rahmen der gesetzlichen Rechnungsprüfung.
- Bayerisches Staatsministerium der Finanzen und für Heimat im Rahmen der Fach- und Rechtsaufsicht.

Soweit Ihre Daten elektronisch verarbeitet werden, erfolgt der Betrieb der Datenverarbeitungssysteme durch das IT-DLZ als Auftragsverarbeiter.

Übermittlung von personenbezogenen Daten an ein Drittland:

Die Daten werden nicht an Drittländer übermittelt.

Dauer der Speicherung der personenbezogenen Daten:

Die personenbezogenen Daten werden grundsätzlich spätestens zehn Jahre nach Ablauf des betroffenen Haushaltsjahres gelöscht, sofern weitergehende gesetzliche Aufbewahrungspflichten nicht entgegenstehen.

Betroffenenrechte:

Nach der Datenschutz-Grundverordnung stehen Ihnen folgende Rechte zu:

- Werden Ihre personenbezogenen Daten verarbeitet, so haben Sie das Recht Auskunft über die zu Ihrer Person gespeicherten Daten zu erhalten (Art. 15 DSGVO).
- Sollten unrichtige personenbezogene Daten verarbeitet werden, steht Ihnen ein Recht auf Berichtigung zu (Art. 16 DSGVO).
- Liegen die gesetzlichen Voraussetzungen vor, so können Sie die Löschung oder Einschränkung der Verarbeitung verlangen (Art. 17 und 18 DSGVO).
- Wenn Sie in die Verarbeitung eingewilligt haben oder ein Vertrag zur Datenverarbeitung besteht und die Datenverarbeitung mithilfe automatisierter Verfahren durchgeführt wird, steht Ihnen gegebenenfalls ein Recht auf Datenübertragbarkeit zu (Art. 20 DSGVO).

Aus Gründen, die sich aus Ihrer besonderen Situation ergeben, können Sie der Verarbeitung Sie betreffender Daten durch das Landesamt für Finanzen jederzeit widersprechen (Art. 21 DSGVO). Sofern die gesetzlichen Voraussetzungen vorliegen, unterbleibt in der Folge eine weitere Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten durch das Landesamt für Finanzen.

Sollten Sie von Ihren oben genannten Rechten Gebrauch machen, prüfen wir, ob die gesetzlichen Voraussetzungen hierfür erfüllt sind. Zur Ausübung Ihrer Rechte wenden Sie sich bitte an den Verantwortlichen oder den behördlichen Datenschutzbeauftragten (s.o.).

Widerrufsrecht bei Einwilligung:

Wenn Sie in die Verarbeitung durch eine entsprechende Erklärung eingewilligt haben, können Sie die Einwilligung jederzeit für die Zukunft widerrufen. Die Rechtmäßigkeit der aufgrund der Einwilligung bis zum Widerruf erfolgten Datenverarbeitung wird durch diesen nicht berührt.

Beschwerderecht bei der Aufsichtsbehörde:

Weiterhin besteht gemäß Art. 77 DSGVO das Recht, sich bei der Aufsichtsbehörde zu beschweren, wenn Sie der Ansicht sind, dass die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten nicht rechtmäßig erfolgt. Die Anschrift der zuständigen Aufsichtsbehörde lautet:

Bayerischer Landesbeauftragter für den Datenschutz

Wagmüllerstraße 18

80538 München

Telefon: +49 (0) 89 212672-0

Telefax: +49 (0) 89 212672-50

E-Mail: poststelle@datenschutz-bayern.de